

367

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Derausgeber und verantw. Redakteur *Franz Mischeu,*  
Wien. I., Neues Rathaus.

Wiener Gemeinderats-Sitzung vom 24. Oktober 1917.

Vorsitzender Vize-Bürgermeister Hierhammer entschuldigt das Fernbleiben des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner wegen leichten Unwohlseins und hält dann dem verstorbenen Gemeinderate Rudolf Müller einen tiefempfundenen Nachruf, welchen die Gemeinderäte stehend anhören.

Seine Majestät der Kaiser hat für die Wiener Armenlotterie im Jahre 1918 ein Silbernes Tafelservice als Gewinnst gespendet.

Für das Uhrenmuseum der Stadt Wien haben gespendet: Uhrmacher Hugo Tirmann, Direktor der Minenzünderfabrik in Villach das Modell der Stefans-Dom-Springuhr, Hausbesitzer Eduard Beer ein Bilderrahmenuhr und eine Stöckuhr, Hofrat Prof. Dr. Heinrich Obersteiner eine Viertelrepetieruhr und die Wiener Uhrmachergenossenschaft den Schaukasten der Uhrensammlung der verstorbenen Baronin von Ebner-Eschenbach.

Vize-Bgm.: Hierhammer macht hierauf unter gespanntester Aufmerksamkeit aller Gemeinderäte folgende Mitteilungen:

Der in der letzten Gemeinderats-Sitzung erhobene laute Protest gegen das Vorgehen der Organe bei Revision des Reisegepäcks auf den Bahnen (Hört-Hört-Rufe) hat zu einer raschen Stellungnahme der Regierung zu dieser Angelegenheit geführt. Gelegentlich einer Unterredung des Bürgermeisters mit dem Ministerpräsidenten erklärte letzterer, dass Weisungen an die Kontrollorgane ergangen seien, diejenigen Personen, welche Lebensmittel offenkundig nur zu eigenen und ihrer Angehörigen Bedarf in geringen Mengen nach Wien bringen mit möglicher Schonung zu behandeln und auf diese Weise die Schärfe der betreffenden Verordnung abzuschwächen. (Hört!) Dem gegenüber liefen jedoch Montag Nachrichten im Rathause ein, dass die Gendarmerie auf verschiedenen Bahnhöfen des Korneuburgerbezirkes mit derselben Strenge, wie früher, ja sogar in verschärfter Weise (hört, hört! das ist die Antwort!) die Lebensmittel ausnahmslos konfiszieren und dass sich überall die bekannten Szenen wiederholen. Da der Bürgermeister wegen seines Unwohlsein verhindert war, persönlich beim Ministerpräsidenten vorzusprechen, begab ich mich mit meinen beiden andren Kollegen zu ihm, um ihn ernste Vorstellungen über die neuen Vorfälle zu machen. Der Ministerpräsident erklärte uns seinen Standpunkt, wie er ihn bereits den Bürgermeister gegenüber eingenommen hat und versprach uns, seine Ansicht in einem Schriftstück mitzuteilen. Ich habe kurz vor der Sitzung dieses Schriftstück erhalten es lautet: (hört!)

„Ich stehe selbstverständlich auf dem Standpunkte, dass das geltende kriegswirtschaftliche Regime mit aller zweckdienlichen Strenge durchzuführen ist. Es muss demnach- und die Statthalterei in Niederösterreich geht in dieser Beziehung ganz nach den Weisungen der Regierung vor- mit allen Mitteln verhindert werden, dass in illegaler Weise Lebensmittel in Massen auf dem Lande angekauft und mit Umgehung der bestehenden Vorschriften in den Konsum gebracht werden. Besonders verwerflich ist es, wenn diese Aufbringung von Lebensmitteln mit der Absicht erfolgt, sie mit Gewinn wieder zu zu veräußern. (Rufe: Natürlich!) Jeder Versorgungsplan wird ja hinfällig, wenn grosse Quantitäten aller möglichen Produkte auf dem Lande gekauft und dann - zu Wucherpreisen! - wieder abgesetzt werden. (Rufe: Sehr richtig!) Gerade die Marktversorgung grosser Städte müsste hiedurch schweren Schaden erleiden. Eine ganz andere Haltung (Rufe: Hört, Hört!) nehme ich aber gegenüber jenen kleinen Leuten ein, die - oft mit schwerer Mühe - geringfügige Mengen von Lebensmitteln irgendwo auftreiben und nun diese zur

Deckung ihrer eigenen und ihrer Familie Notdurft nach Hause bringen. Wenn hier mit rücksichtsloser Strenge vorgegangen wird, so wird eine Verbitte-rung hervorgerufen, die mit dem der Allgemeinheit verschafften Nutzen in gar keinem Verhältnis steht. Selbstverständlich muss der Wirtschaftsplan mit strenger Konsequenz durchgeführt werden, aber - wie immer und überall - so darf auch hier die Konsequenz nicht in zwecklose Härte ausarten. (Rufe: So ist es!) Es darf aber der Zweck einer Massnahme bei ihrer Durchführung nicht ausser Acht gelassen werden. Wiederholt ist mir über Jammerszenen berichtet worden, die sich namentlich auf Bahnhöfen abgespielt haben; angeblich sollen sogar Lebensmittel konfisziert und an Ort und Stelle vernichtet worden sein. (Lebhafte Rufe: So ist es! Vize-Bgm. Hierhammer einfügend: Das ist schon nicht mehr angeblich, das ist Tatsache! Rufe: Er soll es sich einmal selbst anschauen!) Derartige Vorgänge, insoweit sie sich wirklich zugetragen haben, verurteile ich auf das Entschiedenste und ganz derselben Auffassung ist auch der Herr Minister und Leiter des Amtes für Volksernährung (Der Statthalter sieht das aber nicht ein!) Auf Grund einer kürzlich zwischen uns abgehaltenen Besprechung hat Herr Exzellenz Hüfer veranlasst, dass die Exekutivorgane behufs ihrer Aufklärung mit Merkblättern betraut werden, durch die sie die erforderlichen Instruktionen erhalten. Hierüber hat Herr Minister Hüfer auch Mitteilungen im Ernährungsrate gemacht; sie sind im gestrigen Tagblatt veröffentlicht worden. Was speziell die Vorfälle der letzten Tage anbelangt, so hat bereits der Herr Statthalter in Nieder-Oesterreich telegrafische Erhebungen eingeleitet. Es ist nicht daran zu zweifeln, dass es dem Taktgefühl der mit der Ueberwachung des Lebensmittelverkehrs betrauten Organe gelingen wird, den absolut verwerflichen Schleichhandel von jenen Fällen zu sondern, die unter dem Gesichtspunkte eines von armen Leuten angewendeten Notbehelfes aufgefasst werden müssen. Sollte etwa auch in Zukunft noch ab und zu Uebertriebener Dienstleister zu Schikanen der besprochenen Art Anlass geben, so wäre es zweckmässig, entweder Exzellenz Hüfer oder mich direkt zu verständigen; es wird sofort die Sache geprüft werden und Abstellung erfahren. (Rufe: Na also!)

Vize-Bürgermeister Hierhammer fügt zu diesen Mitteilungen noch hinzu: Ich will nur der Hoffnung Ausdruck geben, dass es den Organen, die die Ueberwachung durchzuführen haben, wirklich nicht an der nötigen Einsicht fehlen wird. (Rufe: Und an dem Takt!) Bis jetzt haben sie es an der Einsicht fehlen lassen (so ist es!) denn ich glaube, es ist keine Kunst, für ein Organ, sei es einen Gendarmen oder einen Finanzwachmann, einen Unterschied zwischen dem zu machen, was nach Wien gebracht wird, um hier mit Gewinn abgesetzt zu werden, und dem was ein armes Weiblein, die zwei oder drei Eier oder ein Stückchen Butter oder ein Stück Fleisch hereinbringt. Die Bevölkerung fragt sich da auch mit Recht, ist es denn überhaupt möglich, dass solche kleine Mengen von Lebensmitteln, die ja dem Verderben sehr leicht ausgesetzt sind, auch der allgemeinen Bewirtschaftung zugeführt werden können. Es gehen über die Verwendung dieser Dinge ganz merkwürdige Gerüchte (lebhaftes Zwischenrufe: So ist es!) und diese Gerüchte müssen auch schon an das Ohr derjenigen gedrungen sein, die jetzt Abhilfe versprechen. Hoffen wir, dass es besser wird, jedenfalls wird die Gemeindevertretung scharf darüber wachen, dass diese Versprechungen auch eingehalten werden. (Lebhafte Zustimmung).

GR. David: Die Botschaft hören wir wohl, allein es fehlt und der Glaube!

GR. Philp verliest den Einlauf.

Gemeinderat Huschauer stellt folgende Anfrage: Die Beraubung von Stückgütern und Frachtsendungen auf den Bahnen vermehren sich in jüngster Zeit in geradezu erschreckender Weise und es spielen sich bei den Frachtenabgaben auf den Wiener Bahnhöfen bei der Uebernahme der erwähnten Güter tagtäglich eregte Szenen ab. Auf einzelnen Strecken scheinen organisierte Diebsgesellschaften zu bestehen, welche bei ihren Manipulationen in der ungeniertesten Weise vorgehen und dabei allem Anscheine noch nicht im geringsten gestört werden. So wurde zum Beispiel aus einer Kiste mit ein-deklarierten Inhalte von 16 Flaschen Wein, die in Wels aufgegeben wurde, 10 Flaschen gestohlen, wobei der Dieb sich die besten Marken aussuchte, von den gestohlenen Flaschen die Etiketten ablöste und sie samt den Strohhüllen der entwendeten Flaschen in der auf solche Art beraubten Kiste hinterliess. Der Kiste war bei der Uebernahme in der Frachtenabgabe am Westbahnhofs nicht das geringste Merkmal einer Oeffnung anzusehen, im Gegenteil sie befand sich kusserlich in vollständig tassellosem Zustande. Der oder die Diebe hatten demnach Zeit und Muße sich des grössten Teiles des Inhaltes zu bemächtigen und die Kiste in den ursprünglichen Zustand wieder herzustellen. Ein ebenfalls dort eingelangter Korb, der mit Kleidungsstücken gefüllt aufgegeben war, langte seines Inhaltes vollständig beraubt in Wien an. Sendungen mit Lebensmitteln werden fast ausnahmslos teilweise oder gänzlich ihres Inhaltes beraubt und es ereignet sich nicht selten der Fall, daß Kisten oder Gefässe statt ihres ursprünglichen Inhaltes beim Oeffnen eine Füllung mit Sand oder auch Steinen u.dgl. aufweisen. Anlässlich einer Reklamation über eine beraubte Sendung erfuhr der Reklamant an der Frachtenabgabe am Westbahnhofs, dass sich in der dortigen Frachtenabgabekanzlei bei 4000 Reklamationen über beraubte Sendungen befanden und auf die Bemerkung des Reklamanten, daß unter solchen Umständen es niemand mehr wagen dürfe, irgendwelche Sendungen dem Bahntransporte anzuvertrauen, antwortete der dort amtierende Beamte, daß es wohl am besten sei, Waren und Lebensmittel sich von Abgaborten persönlich abzuholen und auf diese Weise an deren Bestimmungsort zu bringen. Wie dies mit den seitens des Eisenbahnministeriums fortgesetzt an das Publikum ergangenen Mahnungen - so wenig als möglich zu reisen - im Einklang zu bringen ist, ist wohl eine Frage, deren Beantwortung den maßgebenden Faktoren der Eisenbahnverwaltungen überlassen werden muß. Im Uebrigen besteht doch für jeden, der sich Lebensmittel, selbst wenn diese der Kategorie der staatlich bewirtschafteten nicht angehören, zu beschaffen vermag, die Gefahr, daß ihm das, was er nach Wien bringt und was dadurch den Händen der Bahngüterdiebe entgeht, durch amtliche Organe weggenommen wird. Es würde sich empfehlen, wenn man jenes Heer von Gendarmen und Finanzwachorganen, welches auf den einzelnen Bahnsationen verteilt nur Augen für jene Passagiere hat, die sich durch ihre Beziehungen mit der ländlichen Bevölkerung ein armseliges Quantum Lebensmittel heimbringen, dazu verwenden würde, ihr Augenmerk auf die, wie es scheint zur Legion gewordenen organisierten Bahngüterdiebe zu richten. Es gehört zu den vielen Unbegreiflichkeiten der gegenwärtigen Zeit, daß die Behörden, die hier in Betracht kommen, nicht in der Lage sein sollten, diesem unerhörten Treiben ein Ziel zu setzen.

Es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, beim Eisenbahnminister vorstellig zu werden und ihn zu ersuchen, mit allem Nachdrucke gegen diese Beraubung der Bevölkerung einzuschreiten und diesem ungeheuerlichen Treiben ein Ende zu bereiten?

Vorsitzender VBCM. Hierhammer: Die in der Anfrage beklagten Uebelstände sind tatsächlich im vollen Umfange vorhanden, Der Gemeinde stehen gegen sie keine Mittel zur Verfügung, ich werde aber gerne beim Eisenbahnminister vorstellig werden und ihn ersuchen, mit allen Kräften dahin zu wirken, dass eine Besserung erzielt wird.

367 II.

Bürgerklub. Der gemeinderätliche Bürgerklub hielt heute eine Sitzung ab, zu deren Beginn der Vorsitzende Oberkurator von Steiner dem verstorbenen Gemeinderat Rudolf Müller einen warm empfundenen Nachruf hielt, welcher stehend angehört wurde. Der Vorsitzende beglückwünschte sodann den GR. Professor Wolny, welcher vom Kaiser zum Domherrn von St. Stefan ernannt wurde. Professor Wolny dankte herzlich für diese ihm ausserordentlich ehrenden Glückwünsche. Es wurden sodann die auf der heutigen Sitzung des Gemeinderates stehenden Geschäftsstücke vorberaten.

GR. Rotter stellt folgende Anfrage: Vor etwa Monatsfrist hat in Wien ein Reichdelegiertentag sämtlicher Landesverbände der Kinobesitzer Oesterreichs stattgefunden, der gegen das unberechtigte Heizverbot in Kinos theatern Stellung nahm. In der Verordnung wurden die kinomatographischen den Nochtlokale gleichgestellt und jede Rücksicht auf die breiten Massen der Bevölkerung, denen das Kinotheater in dieser schweren Zeit als das einzige Vergnügen blieb, hintangesetzt. Die Differenzierung zwischen Theater und Kino in der Kohlenverordnung ist eine durchaus ungerichtfertigte, umso mehr, als sich das Kino gerade im Kriege als glänzend, der Vermittler zwischen Front und Hinterland erwiesen hat. Die Aufrechterhaltung des Heizverbotes ist aber nicht nur im Interesse der Bevölkerung zu beklagen, der die einzige, noch erschwingliche Zerstreuung geraubt wird, sondern sie bedeutet auch vom gewerblichen Standpunkt aus eine schwere Schädigung der Besitzer der Kinomatographentheater. Mit lebhafter Befriedigung habe ich dem offiziellen Organ sämtlicher Landesverbände der Kinobesitzer Oesterreichs „Der neuen Kinorundschau“ entnommen, dass der Bürgermeister in Wahrung der gewerblichen Interessen der Kinobesitzer, welche mit denen des Mittelstandes und der Arbeiterbevölkerung identisch sind, die zu den Besuchern der Kinos gehören und über die Bitte des Landesverbandes Wien-Niederösterreichs der Kinobesitzer bei seiner Exzellenz dem Minister für öffentliche Arbeiten wegen Linderung des Heizverbotes vorgesprochen hat. Der Minister gab die Versicherung, dass er der Angelegenheit wohlwollend gegenüber stehe. Seit dem 15. d.M. ist nun das Heizverbot in Kraft, ohne dass eine Remetur geschaffen worden wäre. Es sei hier noch darauf hingewiesen, dass sowohl in Deutschland, als auch in Ungarn ein Heizverbot für Kinos entschieden abgelehnt wurde, da die militärischen Stellen auf die vollständige Aufrechterhaltung der kinomatographischen Betriebe den größten Wert legen. Auch bei der Wiener Delegiertentagung hat ein Vertreter des Oberkommandos den Kinobesitzern die Förderung ihrer Bestrebungen zugesagt. Bisher aber ist seitens der niederösterreichischen Statthalterei nichts geschehen, um den Wünschen der Bevölkerung wie des Gewerbes entgegen zu kommen. Er stellt folgende Anfrage: Ist der Vorsitzende geneigt, den Statthalter darauf aufmerksam zu machen, daß in den breiten Massen der Bevölkerung über das Heizverbot in den Kinos theatern lebhafter Unmut besteht? Ist er bereit, im Interesse des Gewerbestandes neuerlich an den Minister für öffentliche Arbeiten heranzutreten?

Vorsitzender Vize-Bürgermeister Hierhammer: Der Bürgermeister hat diese Angelegenheit dem Minister für öffentliche Arbeiten wärmstens empfohlen und wird diese Interpellation der Regierung vorgelegt werden.

Die Gemeinderäte Reumann, Skaret und Genossen stellen folgenden Antrag: In der letzten Sitzung des Ausschusses zur Aenderung des Gemeindestatutes, welche vor vielen Wochen stattfand, wurde beschlossen, zwei Unterausschüsse zu bilden, von welchem der eine die Aenderung des Gemeindestatutes, der andere die Aenderung der Gemeindevahlordnung zu beraten hätte. Die Sitzung wurde abgebrochen, ohne dass über die Zahl der Mitglieder der Unterausschüsse eine Bestimmung getroffen, ohne dass die Mitglieder des Ausschusses gewählt worden wären. Seit dieser Zeit ist eine Sitzung des Ausschusses nicht mehr einberufen worden. Im ganzen wurden überhaupt bisher bloß drei Sitzungen des Ausschusses abgehalten. Die Absicht, die Verhandlungen über die Demokratisierung des Gemeindevahlrechtes maßlos zu verzögern, geht aus diesem Vorgehen mit aller Deutlichkeit hervor. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister der Meinung ist, dass die Forderung breiter Schichten der Bevölkerung Wiens, die ganz besonders auch von den Frauen Wiens, ohne Unterschied der politischen Richtung der sie angehören, erhoben wurde, eine Forderung, die zur Entscheidung längst reif geworden ist, noch länger verzögern zu können? Es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, ohne Verzug den Ausschuss zur Aenderung des Gemeindestatutes einzuberufen ohne Rücksicht auf Sonderwünsche, die einzelne Gemeinderäte der Majorität hegen?

Vorsitzender VB. Hierhammer: Die Beantwortung der Anfrage wird in der nächsten Sitzung des Gemeinderates vom Bürgermeister persönlich erfolgen.

GR. Stein stellt folgende Anfragen: Der Mangel an Nahrungsmitteln insbesondere an Fett und Fleisch ist in Wien ein notorischer. Um diesen Übelstand etwas abzuheben sollte das Geflügel besonders herangezogen werden, insbesondere die ungarischen Gänse. Nun sind durch die Großhändler S. Hungerleider und S. Fischer unhaltbare Zustände auf diesem wichtigen Gebiete der Provisionierung geschaffen worden, dadurch, dass die genannten durch den Vorsteher der Genossenschaft der Wildpret- und Geflügelhändler in die Preisprüfungskommission gebracht, die von den Großhändlern unabhängige Detaillisten des Karmelitermarktes aber entfernt wurden. Durch diesen Umstand beherrschen die Großhändler mit Bewilligung der Vorsteherung vollkommen den Markt und können nach Belieben das und nach ihrem Bedürfnis die Preise festsetzen und das Publikum brandschatzen, insbesondere jetzt, wo die Preise der Preisbestimmungskommission zugleich als Höchstpreise gelten. Es wird daher gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, sich unparteiisch, nicht durch den Vorsteher der Genossenschaft und Stadtrat Dechant, sondern von erfahrenen Detaillisten informieren zu lassen? Ob der Bürgermeister Aufschluss geben kann, warum die Detaillisten des größten Gänsemarktes, am Karmeliterplatz die Herren Stahl und Hermann, aus der Preisbestimmungskommission entfernt wurden? Ob dem Bürgermeister bekannt ist, dass diese Kommission plötzlich Ende der Woche zusammengerufen wurde, um für den Samstag den Preis der Gänse auf Antrag Hungerleiders um K 1,50 zu erhöhen? Ob der Bürgermeister geneigt ist, zu veranlassen, dass nicht ungarisches Geflügel als steirisches deklariert wird, wie es umgekehrt mit dem Obst geschah, um höhere Preise zu erzielen? Ob der Bürgermeister geneigt ist, seinen Einfluss dahin geltend zu machen, dass für den Fall Höchstpreise festgelegt werden sollen, diese auch für österreichisches Geflügel festgesetzt werden? Ob der Bürgermeister es für notwendig hält, dass in die Preisbestimmungskommission auch die Detailhändler des Karmelitermarktes gelangen, als die hauptsächlichsten Verkäufer von Gänsen, sowie Vertreter der Konsumenten? Was der Bürgermeister zu tun gedenkt, um der unerhörten Preistreiberei durch die Großhändler ein Ende zu bereiten und den Markt von den Vampyren zu befreien die in gleicher Weise Detaillisten und Konsumenten ausaugen?

Vorsitzender Bürgermeister Hierhammer: Diese Anfrage ist knapp vor der Sitzung eingelangt die Antwort wird in der nächsten Sitzung erfolgen.

GR. Ignatz Fischer stellt folgende Anfragen: Ist der Bürgermeister geneigt, gegen die Beschlagnahme der aus Ungarn in Wien eingeführten Lebensmittel energisch Stellung zu nehmen? Ist der Bürgermeister geneigt, in geeigneter Weise zu veröffentlichen, dass die Verzehrungssteuer-Linienämter auf den Bahnhöfen weder beauftragt noch ermächtigt sind, Lebensmittel ungarischer Herkunft auf den Bahnhöfen zu beschlagnehmen? Gleichzeitig wären die Reisenden anzuweisen, etwa weiter vorkommende Uebergriffe, dem nächst gelegenen Magistratischen Bezirksamte anzuzeigen.

Vorsitzender Vize-Bürgermeister Hierhammer verweist auf die in der letzten Sitzung vom Bürgermeister abgegebene Erklärung und auf die zu Beginn der heutigen Sitzung verlesene Mitteilung des Ministerpräsidenten.

GR. Schimek interpelliert den Bürgermeister über die Rückstellungsart und Weise wie die der Militärverwaltung zur Verfügung gestellten Schulen hergerichtet wurden. Er verweist insbesondere auf die bei der Uebergabe der Schule XVI. Schinagl-gasse zu Tage getretenen Uebelstände.

Vorsitzender VBGM. Hierhammer: Das Schulgebäude XVI. Schinagl-gasse 3/5, ein alter Bestand, fand seit Kriegsbeginn bis zur endgiltigen Rückstellung am 20. September 1917 für militärische Einquartierung Verwendung.

In diesem Objekte, welches besonders unter dem häufigen Mannschaftswechsel zu leiden hatte, waren vorwiegend Ersatzformationen des I. R. 64 und I. R. 49 bequartiert.

Die ungewöhnlich starke Abnützung des Schulgebäudes war dem Magistrate bekannt und wurden wiederholt unter Zuziehung der Schulverwaltung und militärischer Vertreter beträchtliche Sachschäden festgestellt. Die für die Wiederherstellung aufgelaufenen Kosten wurden in jedem Falle der Militärverwaltung zum Ersatz vorgeschrieben. Der Ersatz wurde zum grossen Teile bereits geleistet, zum Teile ist er durch Verpflichtungserklärungen der militärischen Vertreter gesichert und die Abrechnung noch im Zuge. Der am 25. September 1916 aus unbekannter Ursache im Turnsaale des Schulgebäudes entstandene Brandschaden ist durch die von der n.ö. Landes-Brandschaden-Versicherungsgesellschaft geleistete Entschädigung von K 3202.90 gedeckt.

Die bei der endgiltigen Rückstellung des Schulgebäudes am 20. September 1917 kommissionell ermittelte Abflunngssumme von K 30.000 betrifft daher nur die noch verbliebenen Schäden, für welche die Militärverwaltung zu haften hat ( Abgänge und Beschädigungen an Einrichtungsgegenständen und Beschädigungen des Gebäudebestandes mit Ausschluss der Schäden an Lehr- und Lernmittelinventare und an der Lehrer- und Schülerbibliothek, worüber noch eine gesonderte Amtshandlung gepflogen werden wird.

Nach den vom Magistrate anlässlich der Rückstellung von Schulgebäuden gemachten Wahrnehmungen sind übrigens Fälle von Sachbeschädigungen in so ungewöhnlichem Umfange wie in der Schule XVI., Schinagl-gasse nur ganz vereinzelt.

Die Magistrateabteilung XVI wird nach Beendigung der Verhandlungen über die Rückstellung der Schulen im geeigneten Zeitpunkte an den Gemeinderat einen eingehenden Bericht erstatten.

367

III

Gemeinderat Stein stellt folgende Anfrage: Der herannahende vierte Kriegswinter mit seinen manigfachen Beschwerden versetzt die meisten Bevölkerungsschichten in schwere Sorgen. Insbesondere ist es der Stand der Hausbesorger, welchem infolge der Katenwirtschaft viele neue Agenden zuge wachsen sind, der darüber Beschwerde erhebt, dass ungeachtet des vollkommen verschobenen Geldwertes seine Einnahmen unverändert sind, seine Lasten aber ins Maßlose gestiegen sind, so dass er das Gleichgewicht seines Haushaltes nicht mehr aufrecht erhalten kann, zumal die da und dort etwa vorhandenen Ersparnisse längst aufgezehrt sind. Da die 40.000 Hausbesorger Wiens unzweifelhaft ein Element der bürgerlichen Ordnung darstellen und in vielen Belangen den communalen und staatlichen Behörden Dienste leisten, ohne bisher irgendwie belohnt zu werden, wäre in sozialer Hinsicht eine Hilfeleistung zu Gunsten dieser bedrängten Klasse von Staatsbürgern ins Auge zu fassen. Insbesondere richten sich die Beschwerden der Hausbesorger gegen den Magistratserslass, welcher ihnen die Reinhaltung der Trottoire und der Rinnsale ohne Bezahlung zur Aufgabe macht und sie im Falle der Nichtfolgeleistung mit Arreststrafen bis zu sechs Monaten und überdies mit Geldstrafen bedroht. Dieser Zustand, von einem bestimmten Berufe Dienst ohne Bezahlung zu verlangen, die obendrein mit Barauslagen verbunden sind, wobei noch überdies auf die eingetretene übermäßige Verteuerung der Putz.equisiten hinzuweisen ist, muss als antisozial und anachronistisch bezeichnet werden. Wir leben doch nicht in der Zeit der Robot, dass einer Kategorie von Mitbürgern eine unbzahlte Arbeit unter entehrender Strafdrohung aufgebürdet werden darf. Gegen diesen Zustand muss sich das Gefühl eines jeden rechtlich Denkenden aufbäumen und es ist Pflicht des Gemeinderates, hierin Ordnung zu schaffen. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, die Lage des Hausbesorgerstandes einer Prüfung unterziehen zu lassen und dem Gemeinderate möglichst bald eine Vorlage im Sinne ausreichender Hilfeleistung zu unterbreiten? Ob der Bürgermeister bereit ist, die den Angelpunkt der Beschwerden bildende Magistrats-Verordnung aufzuheben und an deren Stelle ein Regulativ zu setzen, das den Hausbesorgern vollen Ersatz ihrer im Dienste der Kommune gemachten Barauslagen und entsprechende Bezahlung ihres Dienstes Gewähr leistet?

Vorsitzender Vize-Bürgermeister Hierhammer: Die vom Herrn Interpellanten angeregte Frage hängt mit der Reform der Strassenreinigung und Kehrichtabfuhr zusammen. Diese Reform ist weitgehendst vorbereitet, konnte jedoch infolge der Kriegereignisse nicht zum Anschlusse gebracht werden.

Die Herren wissen übrigens, dass der Bürgermeister bei der Reform des Magistrates eine eigene technische Abteilung für diese Zwecke geschaffen hat und erwarte ich geeignete Vorschläge dieser Abteilung und Ausführung der Reformprojekte, sobald es die Zeitverhältnisse zulassen. Dabei wird auch die Regelung der Hausbesorgerfrage erfolgen.

Es wird hierauf <sup>an</sup> die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

V.B. Hoß erstattet nun ein kurzes Schlusswort über die von der Gemeinde beantragten neuen Steuern und führt aus, dass er sich entschlossen hat, aus Zweckmäßigkeitsgründen den Antrag auf Rückverweisung der Automobilsteuer selbst zu stellen. Im Bezug auf die Wertzuwachssteuer beantrage er einige Abänderungen, welche den in der letzten Sitzung geäußerten Wünschen Rechnung tragen. Diese Abänderung <sup>an</sup> beziehen sich ausser auf die stilistischen Änderungen insbesondere auf den § 8 der Wertzuwachssteuer. Nach der neuen Fassung können ausser den reinen Baukosten auch die Kosten „für wesentliche, über die kurrente Erhaltung hinausgehende Verbesserungen des Bauzustandes, dann der für die Baumeister und Architekten entfallende Verdienstbetrag“ in Anrechnung gebracht werden, weiters werden dem Verkäufer für die Kosten der Uebertragung etc. 8% statt der beantragten 7% und endlich 12% von den reinen Baukosten für Neu - Zu - Auf- und Umbauten als Ersatz für die Kosten der Kreditbeschaffung etc. in Anrechnung gebracht

Bei der Abstimmung werden die Erhöhung der Zuschläge zu den direkten Steuern und zum Gebührenäquivalente sowie der Gemeindegzuschlag zum staatlichen Spielkartenstempel unverändert, die neue Fassung der Wertzuwachssteuer mit den vom Referenten beantragten Abänderungen zum Beschlusse erhoben.

StR. Knoll beantragt Gründe in Hirschstetten im 21. Bezirk im Ausmasse von 3.135 m<sup>2</sup> um 40.000 k zu veräußern.

StR. Wippl beantragt einen Grund im 10. Bezirk im Ausmasse von 367 m<sup>2</sup> um 23.000 K zu verkaufen. Beide Anträge werden genehmigt.

StR. von Steiner berichtet über die Stellungnahme der Gemeinde Wien zu den Beschlüssen des Herrenhauses über die Ausgestaltung des Gesundheitswesens und führt aus: Das Herrenhaus des österreichischen Reichsrates hat sich in seiner Sitzung vom 21. Juli l.J. über Antrag seines Mitgliedes Professor Dr. von Hohenegg mit der Frage des Neubaus der medizinischen Universitätskliniken befaßt und auf die Notwendigkeit der ehesten Fortsetzung und Beendigung des Neubaus des allgemeinen Krankenhauses hingewiesen. Es überaus notwendig und wünschenswert die zeitgemäße Ausgestaltung der medizinischen Unterrichtsstätten auch bezeichnet werden muß, so steht doch in gleicher Linie damit die Frage der Sanierung unseres seit Jahrzehnten notleidenden Krankenanstaltenwesens überhaupt, die jetzt dringender geworden ist als sie je war. Der Reichsrat, der niederösterreichische Landtag und der Gemeinderat der Stadt Wien, die Krankenkassen, ärztliche Korporationen und die Presse haben in den letzten 20 Jahren in unzähligen Kundgebungen an die Regierung die dringendste Aufforderung gerichtet, endlich einmal die Krankenhausfrage in Wien der gesetzlichen Regelung zu unterziehen und die erforderlichen Voraussetzungen für die zeitgemäße Entwicklung des Spitalwesens zu schaffen. Die Regierung hat auch dazu einen Anlauf genommen, indem sie im Jahre 1902 eine interministerielle Kommission zur Beratung der Sanierungsfragen eingesetzt hat. Dank der Tätigkeit dieser Kommission ist der Ankauf der Irrenhausrealität in Wien durch den Staat, der Neubau der geburtshilflichen- und einiger anderer Kliniken zustande gekommen, doch ist die Sache mangels der Bereitstellung der erforderlichen Mittel stecken geblieben. Es hatte eben die Gemeinde Wien den Bau des Kaiser Franz Josefs-Jubiläumspitales beschlossen und durchgeführt, wodurch der augenblicklich dringendste Bedarf befriedigt war und der Druck nach dauernder Beseitigung der unleidlichen Verhältnisse sich vermindert hat. Leider ist dadurch aber auch eine Gelegenheit zur endgiltigen Regelung des Wiener Spitalwesens, wie sie sich gleich günstig nie wieder bieten kann, endgiltig versäumt worden. Der unheilvolle Weltkrieg hat die Spitalmisere aus dem Grunde nicht fühlbar gemacht, weil einerseits durch die Einberufung eines grossen Teiles der Bevölkerung die spitalbedürftige Zivilbevölkerung eine erhebliche Verminderung erfahren hat, andererseits grosszügige provisorische Einrichtungen der Heeresverwaltung, der niederösterreichischen Landesverwaltung, der Stadt Wien und der privaten Wohltätigkeit der Ausfall an Spitalbetten auf Kriegsdauer wettgemacht haben. Der Krieg hat uns aber gerade in der Spitalfrage vor eine Reihe von neuen Problemen gestellt, welche mit Ablauf des Eingreifens der Heeresverwaltung den ganzen Jammer unseres ungeordneten Spitalwesens in dem hoffentlich bald kommenden Frieden nicht nur wieder aufrollen, sondern noch ins Ungeheure vergrössern müssen. Man denke nur an die Ausbreitung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten, an die enorme Zahl Erholungsbedürftiger nach im Kriege überstandenen Krankheiten und an die durch die Unterernährung der Kinder gesteigerte Skrophulose. Der Krieg hat weiteren Kreisen der Bevölkerung auch das Verständnis für die Verbesserung sonstiger mangelhafter Sanitätseinrichtungen, wie das Pflegerinnenwesen und die Krankenbeförderung, gebracht. Alle diese brennenden Fragen treten mit zwingender Gewalt nach ihrer Lösung an uns heran und es

wird die ernstesten und nachdrücklichsten Anstrengungen bedürfen, um diese Lösung herbeizuführen. Das Sanitätswesen ist kein Politikum und darf auch zu einem solchen nicht werden. Es ist ein Gemeingut aller Kreise der Bevölkerung und es müssen daher auch alle Parteien einvernehmlich zusammenwirken, um dem in ihm verkörperten kulturellen Elementarbedürfnissen gerecht zu werden. Der Krieg hat uns zwei neue Ministerien gebracht; das Ministerium für Volksgesundheit und ein zweites für soziale Wohlfahrt. In erster Linie wird es das Ministerium für Volksgesundheit sein, das sich mit diesen unabweislichen Bedürfnissen zu beschäftigen haben wird. Dem Wunsche der Fachkreise nach Leitung der Sanitätsangelegenheiten durch ein vom Arzte geleitetes Sanitätsministerium ist an Allerhöchster Stelle Rechnung getragen worden. Die Bevölkerung richtet aber die ernste Mahnung an dieses Ministerium, ja nicht etwas sein ausschliessliches Augenmerk auf die Wahrnehmung von Standesinteressen und ärztliche Personalfragen zu richten, sondern sich gegenwärtig zu halten, dass seine wichtigste Aufgabe in der Schaffung von Vorkehrungen zur Förderung der Volksgesundheit besteht und daher sein erstes Augenmerk auf die wichtigsten Volksbedürfnisse zu richten ist. Das bisherige Sanitätsdepartement des Ministeriums des Innern hat speziell für Tuberkulosefrage die erwartete weitwaggreifende Auffassung nicht bewiesen. Hoffen wir, dass die neuen Ministerien ohne sich in Kompetenzabgrenzungen zu erschöpfen, in dieser Hinsicht den Erwartungen der Bevölkerung besser entsprechen werden.

Der Referent bespricht eingehend die zu treffenden Maßnahmen der Geschlechtskrankheiten und der Tuberkulose und setzt dann fort:

Sollte wider Erwarten ressortmäßige bürokratische Winkelszüge einsetzen, um die Lösung dieser hochwichtigen Fragen zu hintertreiben, dann müsste der Gemeinderat diese Frage pflichtgemäß mit schärferem Nachdrucke neuerdings in Verhandlung ziehen. Wir stehen am Anbruche einer neuen Zeit und es muss in die Führung der Staatsgeschäfte auch ein neuer Geist eingeführt werden. Die Bevölkerung verlangt einen offenen Blick und eine offene Hand bei Verwaltung des, nach dem historischen Aussprüche unseres einstigen Kronfolgers Kronprinz Rudolf, „kostbarsten Kapital des Staates,“ des Menschen und ihre Vertretung wird sorgsam darüber wachen, daß die im Kriege in so ungeheurer Masse eingetretene Vergeudung dieses Kapitals, im Frieden nicht fortgesetzt werde. Wenn seitens der Regierung dieser berechtigten Forderung nicht im vollsten Maße Rechnung getragen wird, so wird die Bevölkerung Mittel und Wege finden, um sich die Rücksichtnahme auf ihre Bedürfnisse zu erzwingen. Möge die Regierung sich diesen Wink zur Warnung gereichen und es ihrerseits nicht darauf ankommen lassen, eine Kraftprobe der Bevölkerung herauszufordern. Die Anträge, welche ich dem Gemeinderate unterbreite, sind Richtlinien ohne Details, welche erst am Verhandlungstische eingehend erörtert werden müssen und zeigen den Weg, wehr beschränkt werden kann, um unser Spitalwesen in Ordnung zu bringen. Ich bitte Sie, meine Herren, durch einmütige Annahme den Entschlusse der Wiener Gemeindeverwaltung zum Ausdruck zu bringen, unentwegt im Interesse der Bevölkerung auf die Erfüllung ihres Begehrens nach zeitgemässer Regelung des Spitalwesens zu dringen.

367  
4

STR. von Steiner : legt schliesslich die bekannten Anträge vor, welchen ein Punkt 5 infolgender Fassung anzufügen sei:

„ Diese Entschliessung ist mit eingehender Begründung beiden Häusern des Reichsrates, dem k.k. Ministerpräsidenten, dem Minister des Innern, dem Finanzminister, dem Minister für Kultus und Unterricht, dem Statthalter für Nieder-Oesterreich, dem n.ö. Landes-Ausschusse und dem obersten Sanitätsrate vorzulegen. “

GR. Biellohlawek verweist auf den Gesetzentwurf des Landtages der unter seiner Initiative bereits vor 10 Jahren zustande gekommen sei und all das enthalten habe, was heute vom Referenten gefordert wurde. Dieser Entwurf sei nicht zum Gesetze geworden, weil man es mit solchen Augen angesehen habe, dass die christlich soziale Partei die Landesvertretung bilde. Durch die damals in Aussicht genommene Kommission wäre die Wiener Spitalschande endgiltig beseitigt worden, und es wären auch die Krankenkassen vor schweren Schaden bewahrt worden. Es sei unsinnig, dass alle fremden in den Wiener Krankenanstalten Aufnahme finden können, dass aber wir für alle anderen Kronländer die Anstalten errichten sollen. Der Redner wendet sich dagegen, dass man einfach mit dem § 14 für Wien einen 8 fügen Zuschlag zu den Steuern dekretieren wollte, welchem Vorhaben die Parteien mutlos gegenüber gestanden seien. Es habe gewirkt, dass Redner im Gemeinderate mit dem Verwaltungsgerichtshofe in dieser Hinsicht drohte, denn bis jetzt habe die Regierung ihren Plan nicht ausgeführt. Der Redner weist auf Frankreich hin, das mit der Assistenz-publik, deren Anfänge auf Jahrhunderte zurückzuführen seien, bereits das geschaffen habe, was nun in Oesterreich geschehen soll. In Oesterreich werden leider nur immer Kongresse und Enquetten und Vorträge abgehalten, geschehen sei aber bis jetzt nichts - es werde nur immer darauf gesehen, dass man in der Zeitung genannt werde. Es ist Zeit, sagt Redner, dass man endlich einmal die Parteiunterschiede fallen lässt, denn in der Frage der Krankenpflege, darf es keine Parteien geben und es dürfe nicht die Furcht und der Meid gegenüber der herrschenden Partei die Entschliessungen leiten. Wenn gegenwärtig gegen die Landesautonomie zu Felde gezogen werde, so komme das offenbar daher, dass man es nicht wolle, dass einfache Männer aus dem Volke im Landesausschusse das Referat führen über Dinge, in welchen man nur Aerzte und Juristen gelten lassen will. Redner erklärt bei Durchführung der gestellten Anträge lasse sich nicht nur die Spitalnot beseitigen, sondern es könnten auch alle Dinge, die dazu gehören geschaffen werden, so Lungenheilstätten, Rekonvaleszenten häuser und was vor allen notwendig sei, Kinderanstalten nicht nur für Findlinge sondern auch für unglückliche Kinder armer Eltern, weil die laufenden Einnahmen für alle diese Schöpfungen vorhanden wären. Die Spitalschande darf in Oesterreich nicht weiter prolongiert werden nur wegen des Meides gegen eine Partei. Auf diesem Gebiete sei Gelegenheit gegeben, wahre Unparteilichkeit zu zeigen, denn hier könne tatsächlich erspriesliches gekistet werden, wenn auch endlich einmal die Regierung dazu den Mut aufbringt, und sie soll auch diesen Mut aufbringen, denn zurückweisen, kann jeder Amtsdienner, dazu braucht man keinen Ministerpräsidenten. Es muss endlich zurückgegriffen werden auf dieses Material der Assistenzpublik, die sich seit 3 bis 400 Jahren bewährt. ( lebhafter Beifall ).

VEGM. Hoss übernimmt den Vorsitz.

Gr. Dr. Loewenstein gibt seiner Freude darüber Ausdruck, dass diese Angelegenheit fern von jedem politischen Betriebe nur vom Standpunkte der Humanität durchgeführt werden soll.

Er müsse Landes-Ausschuss Biellohlawek doch daran erinnern, an den Kampf der gegen die medizinische Wissenschaft, gegen die Impfung u.s.w. im Landtage geführt wurde und der es erklärlich erscheinen liess, wenn in die Objektivität der Mehrheit nicht das richtige Zutrauen herrschte. Der Krieg habe vieles gut gemacht und auch Landes-Ausschuss Biellohlawek habe sich in der letzten Zeit wiederholt sehr gebessert. ( Heiterkeit ) Als Landes-Ausschuss-Referent habe er seine Angelegenheiten gewisse gut geführt und die Aerzteschaft habe durchaus nicht Anlass gegen ihn Klage zu erheben. Als sein Projekt vorgelegt wurde, habe die Aerzteschaft durchaus nicht die Gewähr der freien Forschung gehabt. Sie habe sich auch nicht gegen das Projekt als solches gewendet, denn auch ihr Wunsch war die Spitalschande aus der Welt zu schaffen. Die Aerzteschaft habe sich auch dagegen verwahrt, dass bei der Anstellung der Aerzte Unterschiede in konfessioneller Hinsicht gemacht werden und sie habe es erleben müssen, dass bei der Errichtung des Jubiläumspitals tatsächlich der Grundsatz aufgestellt wurde, keine jüdischen Aerzte zuzulassen. Ich nehme mit Freuden zur Kenntnis, dass dieser Unterschied heute nicht mehr gemacht werden soll, denn es ist richtig, dass die Pflege der Kranken absolut keinen Parteiunterschied kennen darf. Es ist selbstverständlich, dass das vorliegende Projekt eine unbedingte Notwendigkeit für die gesamte Bevölkerung ist und ich werde deshalb auch unbedingt für die Entschliessung stimmen. Die Ausgestaltung unserer Kliniken ist dringendst notwendig, denn während früher die Wiener Universität das medizinische Mekka war, herrschen heute an unserem allgemeinen Krankenhaus, wo die Leuchten unserer Wissenschaft wirken, gewisse Zustände, die den Verhältnissen absolut nicht mehr entsprechen. Wie mangelhaft dasselbe ist, geht daraus hervor, dass nach der letzten Statistik von nahezu 9000 aufnahmesuchenden Personen mehr als die Hälfte abgewiesen werden musste.

Als Beweis des Mangels an Spitalern und Betten könne angeführt werden, dass während in Deutschland ein Bett auf 270 Einwohner entfällt, in Oesterreich erst auf 490 Personen ein Bett kommt.

Der Redner hält die Errichtung eines Tuberkulospitals <sup>in Wien</sup> für unbedingt notwendig, insbesondere müssen dort solche Kranke Aufnahme finden, deren Wohnungsverhältnisse eine Behandlung in ihrem Heim nicht gestattet. Die Errichtung des Ministeriums für Volksgesundheit habe allgemeine Befriedigung hervorgerufen. Zu beklagen sei der Umstand, dass eine Einteilung des Ministeriums in ein solches für Volksgesundheit und in ein zweites für soziale Fürsorge erfolgt sei. Aus dem Ministerium für Volksgesundheit dürfe kein Politikum gemacht werden, es darf nicht experimentiert werden, sondern opferwillige und schaffensfreudige Arbeit muss geleistet werden. Wenn wir nicht die Sicherheit haben, dass in den gegenwärtigen Verhältnissen Wandel geschaffen wird, so ist es besser, wenn Gemeinde und Land in ihrem eigenen Wirkungskreis an das Reformwerk schreitet. Redner schliesst: Ich stimme voll und ganz den einzelnen Punkten der Entschliessung zu. Wir würden einen grossen Fehler begehen, wenn wir nicht für jeden einzelnen Menschen die grösste Sorgfalt aufwenden würden. Wir müssen gemeinsam arbeiten, denn es gilt für die Gesamtheit, für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes und für unser Oesterreich. ( Lebhafter Beifall. )

GR. Rummelhardt bemerkt gegenüber den Vorredner, dass die Gemeinde Wien und das Land Niederösterreich den christlichen Aerzten in ihren Abhalten eine Existenzmöglichkeit bieten musste, da die nicht-christlichen Aerzte gegenüber den christlichen stark bevorzugt wurden und ihnen es bei der Bewerbung in der akademischen Laufbahn unmöglich war, einen höheren Grad, als den eines Dozenten zu erlangen, obwohl es auch unter den christlichen Aerzten ausgezeichnete Fachleute gab. Auch während des Krieges hatten die jüdischen Aerzte keinen Nachteil, denn sie waren weitaus zum Grossteil im Hinterland und christliche Aerzte waren erst zu finden, je weiter es nach Vorne ging.

Redner gibt die Anregung, dass bei Errichtung von Genesungsheimen auch in entsprechender Weise auf solche Heime für jugendliche Arbeiter in gewerblichen Lehrverhältnissen Rücksicht genommen werden soll, da derartige, unbedingt notwendige Anstalten derzeit noch nicht bestehen. Ferner stellt er den Antrag, dass durch die Errichtung sogenannter Schulzahnkliniken und anderer unentgeltlicher Zahnpflege- und Zahnbehandlungsstätten für Arme eine Entlastung der Spitäler herbeigeführt werden soll.

GR. Kunschak : Es ist vom Herrn Medizinalrat in einer wenig ehrfurchtsvollen Weise vom den sogenannten Dürkräutlern gesprochen worden, für die ich nicht umhin kann, hier eine Lanze einzulegen. Ich möchte dem Herrn Dr. Lützenstein gegenüber konstatieren, dass ich weiss, dass viele graduierte Aerzte viele Leute ins Grab gebracht und aus eigener Erfahrung weiss, dass die Dürkräutler Todeskandidaten dem Leben wiedergegeben haben. Es fehlt mir selbstverständlich nicht ein, ein Urteil überhaupt über die medizinische Wissenschaft ihre Bedeutung und ihre Fortschritte hier abzugeben, aber ebensowenig ist es berechtigt und klug in so abfälliger Weise von der Naturheilmovement zu sprechen, wie es der Herr Medizinalrat getan hat. Ich bedauere, dass die Anträge des Referenten auf die Naturheilmovement gar keinen Bezug genommen haben, weil ihr eine Kraft innewohnt, die bei einer rationellen Gesundheitspflege nicht vermisst werden soll und kann. Der Gemeinderat hat ja seinerzeit seine Zustimmung gegeben, dass ein Naturheilapostel, Priessnitz, in Wien ein sehr hübsches und ehrendes Denkmal errichtet wurde. Mit dieser Handlung hat die Gemeinde ihre Anerkennung dafür ausgesprochen, dass auf dem Gebiete des Naturheilverfahrens für die leidende Menschheit grosse Erfolge erzielt werden können. Vor der Tätigkeit eines Priessnitz muss auch jeder graduierte Arzt den Hut abnehmen. Mag man aber darüber, welcher Meinung immer sein, so darf man doch das eine nicht vergessen, dass es auch unter den akademisch gebildeten Mediziner sehr Viele gibt, welche mit voller Begeisterung zu den Methoden der Naturheilmovement sich bekannt haben.

GR. Dr. Loewenstein : Wie würden Sie Schussverletzungen heilen ?

GR. Kunschak : Alles schon dagewesen. Er hätte nicht geschadet, wenn neben den graduierten Aerzten unter denen sicher auch graduierte Kurpfuscher sich befunden haben, auch Naturheilärzte hinausgeschickt worden wären.

GR. Dr. Loewenstein : Und auf dem Gebiete der Infektionskrankheiten ?

GR. Kunschak : Gerade in der Bekämpfung der Infektionskrankheiten hat die medizinische Wissenschaft das allerwenigste gekistet. Wenn wir in diesem Kriege von einer Reihe von Seuchen verschont geblieben sind, ist es weniger auf die Impfung zurückzuführen, sondern darauf, dass man in militärischen Verbänden und Anstalten auf hygienische und sanitäre Massnahmen gedrungen hat. Trotz der Impfung sind auf Kriegsschauplätzen, auf denen diese Massnahmen nicht voll durchgeführt waren, wie im Orient, die verheerendsten Seuchen aufgetreten. Ich will nicht behaupten, dass die Naturheilmovement ein allheil-Mittel ist, ebenso wenig wie ich mich gegen die Medizin als solche wende, aber ich behaupte, dass sie eine sehr wichtige Ergänzung aller medizinischen Errungenschaften ist.

Der Redner erhebt schliesslich in einem Zusatzantrage die Forderung auf Errichtung einer physikalisch-diätetischen Lehrkanzel an der Wiener Universität, tatkräftige Unterstützung aller der Volksgesundheit dienenden Einrichtungen und Bildung von Gesundheitskommissionen, in welchen auch Anhänger der Naturheilmovement Sitz und Stimme haben sollen.

367  
5

GR. Bretschneider stimmt allen Ausführungen zu, dass der Krieg ungeheure Verwüstungen auch in der Volksgesundheit angerichtet habe und es nur dem Zusammenwirken aller möglich sein werde, halbwegs bessernd und reformierend zu wirken. Was die Sozialdemokratie anbelange, habe sie von Anfang an darauf gesehen ueberall dort vorzubauen, wo sie Einfluss besitze z.B. auf dem Gebiete der Krankenkassen. Es müsse aber immer wieder betont werden, dass die Arbeiterschaft allein durch ihre Beiträge nicht im Stande sein werde zu leisten, was von den Krankenkassen verlangt werde. Wenn weiters davon gesprochen wurde, dass sich schon jetzt Anzeichen dafür bemerkbar machen, dass das Militär nicht allein das Uebel heilen werde, das es verbrochen hat sondern die Tendenz besteht, die Kranken nach Möglichkeit abzuschieben, so können die Krankenkassen bereits jetzt konstatieren, dass sie für eine ganze Reihe von Personen zu sorgen haben, die als Kriegsinvalide zurückgeschickt den Kassen zur Last fallen. Man müsse nicht nur Krankheiten heilen, sondern auch dafür sorgen, dass die Bevölkerung so stark werde, dass sie den Krankheitskeimen besser widerstehen könne, als bisher. Gerade auf diesem Gebiete habe man in Oesterreich fast gar nichts getan und das wenige Vorhandene ist durch die Privatwohlthätigkeit oder die Krankenkassentätigkeit geschaffen worden, denen natürlich nur unzulängliche Mittel zur Verfügung stehen.

GR. Bretschneider versichert zum Schlusse, die Sozialdemokratie werde was in ihrer Macht liegt tun, um Mithelferin an dem grossen Werke zu sein. Sie werde aber auch stets eine Mahnerin dafür sein, was die Gesellschaft auf dem Gebiete der Volksgesundung zu leisten habe und werde darüber wachen, dass das was in Resolutionen und Konkressen festgelegt wurde, auch durchgeführt werde im Interesse der leidenden Menschheit

GR. Dr. Hein weist die Behauptung des GR. Rummelhardt zurück, dass die Nichanstellung von jüdischen Aerzten nur eine Art Nötwehr dagegen gewesen sei, weil an der Unisversität die jüdischen Ärzte bevorzugt werden. Er erklärt aus dem niederösterreichischen Amtskalender gehe hervor, dass die 25 ordentlichen Professoren ein einziger ungetaufter und zwei getaufte Juden seien.

GR. Rummelhardt. Die Zahl stimmt nicht mit jener aus der Zeit von welcher ich gesprochen habe.

GR. Rotter. Ja im Amtskalender steht natürlich die Konfession nicht drin.

GR. Dr. Hein Es ist bedauerlich, dass hier solche unrichtige Behauptungen aufgestellt werden und ich muss es auf das Entschiedenste zurückweisen, dass die jüdischen Aerzte nur im Hinterland zu finden seien. Ich kenne eine ganze Reihe von jüdischen Aerzten an der Front ( Rufe bei der Mehrheit: aber, aber!) die sich aufgeopfert haben, die zu Grunde gegangen sind und eine grosse Menge ist ja auch gefangen in Russland. In solchen Dingen eine Ausrede dafür zu suchen, dass mit Missachtung der Staatsgrundgesetze die jüdischen Aerzte prinzipiell ausgeschlossen werden sollen, das muss ich tief bedauern und ich kann nur die Hoffnung aussprechen, dass dies im Sinne der heute gehaltenen Reden in Zukunft anders sein wird. Wir stämmen der Entschliessung gerne zu, wir sind durchaus geneigt Sie bei derartigen Aktionen zu unterstützen, aber wir müssen im Sinne derjenigen Grundsätze, die wir vertreten verlangen, dass die Staatsgrundgesetze auch bei jeder Anstalt beobachtet werden und dass man sich nicht mit Witzen über dieselben hinwegsetzt.

Nach dem Schlussworte des Berichterstatters werden dessen Anträge, sowie die Zusatzanträge einstimmig angenommen.

Nach einem Antrage des StR. Braun werden Gründe in Sinnering im Ausmasse von 5272 m<sup>2</sup> um K 24.500 für den Wiener Bürgerspitalfond angekauft.

Nach einem Antrage des StR. Dachant soll der Entwurf über die Umgestaltung des Währinger -Ortsfriedhofes an der Währingerstrasse, Ecke Karl-Beckgasse im 18. Bezirke in eine Gartenanlage genehmigt werden.

Nach einem Antrage des StR. Grünbeck wird das Haus, 17. Bezirk, Lorenz Bayer -Platz 7 bis Taubergasse 7 im Ausmasse von 396 m<sup>2</sup> um 72.000 K angekauft.

StR. Hermann beantragt, zur Wiederherstellung des durch den Brand zerstörten, historisch wertvollen und denkwürdigen Bauwerkes der Serviten-Kirche aus Gemeindemitteln einen Betrag von 10.000 K zu bewilligen.

STR. Knoll berichtet über eine Grundeinlösung anlässlich der Unterfahung der-Geläise der ehemaligen Staatseisenbahngesellschaft im Zuge der Erzherzog Karlstrasse im XXI. Bezirk. Das Ausmass beträgt, 2221 Quadratmeter, der Preis K 31.39 per Quadratmeter.

GR. Bretschneider wünscht die rascheste Durchführung dieser Angelegenheit.

GR. Melcher findet den Preis für ein Grundstück in Stadlau zu hoch. Er fragt warum man nicht an die Expropriierung des Grundes geschritten ist. Er beantragt schliesslich die Rückverweisung an den Stadtrat.

Der Magistratsreferent Sekretär Reutterer bemerkt, dass es sich hier um einen teuren Baugrund handle.

Der Rückverweisungsantrag wird abgelehnt, der Antrag des Referenten angenommen.

Nach einem Antrage des Stadtrates Müller wird eine Liegenschaft in Hetzendorf im Ausmasse von 4841 Quadratmeter um 50.000 Kronen angekauft.

STR. Pover beantragt die Bestellung eines Baurechtes an einer Baustelle in Oberbaumgarten im 13. Bezirk. ( Genehmigt. )

Nach einem Berichte des Stadtrates Wippel wird die Bauliniënbestimmung für das Gebiet zwischen Laxenburgerstrasse - Küsserer Gürtel Grenzackergasse und verlängerte Windtenstrasse im 10. Bezirke genehmigt.

STR. Zatzka berichtet über die Bestellung eines Baurechtes auf einer Baustelle in Breitensee. ( genehmigt. )

VBGM. Hierhammer schliesst sodann die Sitzung.